

Die Staatssekretärin

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und
Antidiskriminierung • Salzburger Str. 21 – 25 • 10825 Berlin






Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Matthias Ring,
sehr geehrter Bruder Franziskus Aaron,
liebe Gemeindemitglieder und Gäste des Eröffnungsgottesdienstes zum 25. Lesbisch-schwulen
Stadtfest am 14. Juli 2017

Berlin ist eine Regenbogenstadt – eine Regenbogenhauptstadt, wie wir es als Berliner Landesregierung in unserer Koalitionsvereinbarung 2016 genannt haben. Die Menschen in Berlin sind so wunderbar verschieden: Jung und alt, unterschiedlicher Hautfarbe, ethnischer und sozialer Herkunft. Sie fühlen sich verschiedenen Religionen oder keiner Religion zugehörig, leben mit oder ohne Behinderung. Es sind Frauen, Männer, trans- und intergeschlechtliche Menschen, Lesben, Schwule, Bi- und Heterosexuelle. Sie leben in Partnerschaften, Familien, als Single oder in anderen Lebensformen. Das Zusammenleben in dieser Stadt gelingt, wenn die Menschen aufeinander zugehen, sich gegenseitig respektieren und den Alltag gemeinsam erleben und gestalten. Besondere Höhepunkte unseres Zusammenlebens sind Feste, wie das Lesbisch-Schwule Stadtfest, das in diesem Jahr zum 25. Mal stattfindet, und schon zum 8. Mal wird es durch einen Gottesdienst in der Zwölf-Apostelkirche eröffnet.

Ich begrüße es sehr, dass die Altkatholische Kirche signalisiert: Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen sind in Ihrer Gemeinde willkommen und ihre Liebe wird als Gabe Gottes Wert geschätzt. Segnungen gleichgeschlechtlicher Paare praktizieren Sie seit 2014 und Sie ringen darum, dass sie auch das Sakrament der kirchlichen Trauung erhalten können.

Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften rufen Sie in diesem Jahr mit einer Kampagne des Bündnisses gegen Homophobie alle Religionen und Kirchen unter dem Motto „Traut euch! Traut uns“ dazu auf, mutig zu sein, die lang gehegten Überzeugungen in Bezug auf die heterosexuelle Exklusivität der Ehe endlich den gelebten Realitäten der Menschen anzupassen und die „Trauung für alle“ zu ermöglichen. Die Liebe der einen darf nicht weniger wert angesehen werden als die Liebe der anderen.

Auch auf politischer Ebene haben wir intensiv daran gearbeitet, durch die Öffnung der Ehe alle Paare rechtlich gleich zu stellen – unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit und -identität der Beteiligten. Am 30. Juni hat der Bundestag endlich für die Ehe für Alle gestimmt. Gleiche Rechte und damit verbundene Rituale sind unverzichtbar und unerlässlich. Sie gewährleisten nicht nur die unteilbaren Menschenrechte, sie sind auch von hoher symbolischer Kraft. Selbst wenn sich zum Beispiel ein lesbisches Paar nicht verheiraten möchte, wüssten diese beiden Frauen, sie wären

Verkehrsverbindungen:  104, M 46 bis Rathaus Schöneberg,  4 bis Rathaus Schöneberg ,  7 bis Bayerischer Platz 

Eingang zum Dienstgebäude: Salzburger/Ecke Badensche Straße, 10825 Berlin-Schöneberg

Zahlungen bitte bargeldlos an die Landeshauptkasse Berlin, 10789 Berlin, auf eines der folgenden Konten:

Geldinstitut	IBAN:	BIC:	Geldinstitut	IBAN:	BIC:
Postbank Berlin	DE47100100100000058100	PBNKDEFF100	Bundesbank, Filiale Berlin	DE5310000000010001520	MARKDEF1100

dem Staat und den Kirchen genauso willkommen wie die heterosexuellen Eltern der Schulfreund*innen ihrer Kinder. Ganz bestimmt eine gute Gewissheit für die ganze Familie.

Für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz brauchen wir deshalb weiterhin viele Menschen, die sich dafür einsetzen, dass jede und jeder Einzelne ohne Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung und in frei gewählter Lebensform leben kann, in Berlin, der Regenbogenstadt, und ebenso europa- und weltweit. Mit dem Eröffnungsgottesdienst zum Lesbisch-Schwulen Straßenfest tragen Sie die Botschaft weiter: „Religion und Homosexualität schließen sich nicht aus!“ Sie zeigen: Die christliche Liebesbotschaft gilt für alle.

Dafür danke ich Ihnen!



Margit Gottstein

Staatssekretärin für Verbraucherschutz und Antidiskriminierung